

Volke-Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Nr. 490.

Halle, Sonnabend, den 18. Oktober.

1910.

Zusammenbruch der Sowjetherrschaft.

Kronstadt erobert. — Englische Schiffe im Kronstadter Hafen. — In Petersburg wird gekämpft.

Strafentzüge in Petersburg.

St. Petersburg, 18. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Times“ aus Riga berichtet wird, meldet der Staat der Nordwestarmee, daß in den Straßen von Petersburg Kämpfe tobten.

Die Spannung in Moskau.

Sankt Petersburg, 18. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) In Moskau herrscht infolge des Vorrückens des General Judentich und General Denikin unter der Bevölkerung die größte Spannung. Die bolschewistischen Behörden sind kaum noch imstande, die erregten Volksmassen niederzuhalten. Die Auflösung der bolschewistischen Armee ist abgemacht. An mehreren Stellen ist die bolschewistische Front durchbrochen und es steht an Petersburg, um die Front wieder herzustellen zu können. Damit hat ein neues Friedensangebot an die Generalität gerichtet. Dies wird von dem Statthalter nicht bekräftigt. Der litauische Minister des Aeußeren beantragte die Nationalrat in Riga, daß er von Litauen einen Funknachricht erhalten habe, worin dieser verkündet, daß die Sowjetregierung bereit ist, mit den Waffen sofort Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Die Bolschewisten wollen Petersburg räumen.

Paris, 18. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Saasensanquet meldet aus Petersburg, daß die Bolschewisten beschließen haben, die Stadt Petersburg zu räumen, da sich die Armee weigere, weiter zu kämpfen und die Disziplin nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Die entscheidenden Kämpfe in Rußland

Kopenhagen, 18. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Vom russischen Kriegsministerium liegen bisher allerdings nur unbestimmte Meldungen vor, daß Kronstadt erobert und die englische Flotte im Hafen eingeklinkt sein. — Die jüngsten Nachrichten besagen sogar, daß Petersburg von Judentich's Truppen schon genommen worden sei. Diese Meldung ist aber bestimmt verfehlt, denn der Weg von Gdansk nach Petersburg ist zu lang, um in einem Tage zurückgelegt zu werden. Von Kronstadt sind mehrere englische Kriegsschiffe die Bucht hinauf bis unmittelbar vor Petersburg gefahren. Sie melden, daß mächtige Rauchwolken über der russischen Hauptstadt stehen, so daß zu befürchten ist, daß die Bolschewisten hier einen Scheiternhaufen zurückgelassen haben. Die Bolschewisten suchen den Zusammenbruch ihres Schicksalsregiments durch terroristischen Druck auf die letzten Truppen in der Nähe von Kronstadt 2000 Personen erzwängt haben. Auch in Moskau gelingt es ihnen nur unter Anwendung der schärfsten Mittel, die Aufbruchbewegung in der Bevölkerung zu unterdrücken. Die Empörung der Massen wird durch die Hungerkämpfe und die Inzucht weitergeschürt, und es ist charakteristisch, daß an sämtliche Lebensmittelräte ein Befehl ergangen ist, man solle Lebensmittel für die Bevölkerung der Städte Lebensmittel senden. Wie häufig in den Zeiten der Not tauchen in Moskau und Petersburg entsprechende hegerische Manifeste auf, die die Schuld an dem allgemeinen Mangel an Nahrungsmitteln und Brennmaterial auf einzelne Familien zu schieben suchen. Man hat es in diesem Falle wohl lediglich mit einem schleichenden Mordanschlag zu tun, um die Empörung gegen die Regierung auf ein paar Privatpersonen abzuwälzen.

Zarskoje Selo genommen.

St. Petersburg, 18. Oktober. Nach einer dem Nachrichtenamt des Hofmarschalls zugegangenen Mitteilung hat die russische Nordwestarmee Zarskoje Selo und Zarskoje Selo eingenommen.

Panik in Riga.

Die Engländer fühlen sich in Riga nicht mehr sicher.

St. Petersburg, 18. Oktober. Nach den vorliegenden Nachrichten herrscht in Riga dem Regierenden Vorständen der russischen Westarmee wohl mögliche Panik. Bestimmte Soldaten wachen ihre Waffen fest und plündern russische und baltische Warenhandlungen. Das Straßenbild ist vollständig bolschewistisch. Weiber durchsuchen mit Waffen die Straßen. Die Regierung Ulmanis hat kühnheitig Riga

verlassen und befindet sich in Wenden. Einige Soldaten weigern sich, sich für die Armee Englands zu opfern. Die Engländer fühlen sich in Riga nicht mehr sicher und haben Angehörige der baltischen Landwehr, die englische Uniformen tragen, zu ihrer Bewachung herangezogen.

Die ersten Zahlungen.

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Reinischen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Dem Verein nach hat die ersten 20 Millionen Mark, die nach dem Friedensvertrage Deutschland auf die Wiedergutmachung als Schuld zu zahlen hat, mittlerweile in Form von Wechseln bereitgestellt und größtenteils entrichtet worden.

Ende des Sympathiestreiks der Berliner Heizer.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie zu erwarten war haben die Heizer und Maschinenisten, nachdem gestern abend die Vertreter des Bundes der Metallindustriellen und des Verbandes der Metallarbeiter sich darauf geeinigt haben, einen Streik zu fühlenden Schiedsrichter zu ernennen, den Streik zu beenden. Die Heizer streiks beschließen, sie haben jedoch an die volle Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung geknüpft, daß das verbleibende Mittelgeld des Arbeiters erst wieder freigegeben werde. Bis dahin sollen von den Maschinenisten und Heizern nur Hilfsarbeiten verrichtet werden. Damit hat die Streikbewegung in Berlin offiziell ihr Ende gefunden.

Der weitere Abtransport aus britischer Gefangenschaft.

Berlin, 18. Oktober. Die Reichszentrale für Kriegs- und Hilfswesen teilt mit: Nach einer inoffiziellen mündlichen Meldung der englischen Waffenstillstandskommission an den Chef der Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf werden die Transporte der britischen Kriegsgefangenen aus den englischen Lagern in Nordbrabant und Flandern am 20. Oktober beendet sein. Vom 22. Oktober an werden etwa 12 Tausend inhaftierte Kriegsgefangene in Gütern von 2000 Mann aus den in England befindlichen Lagern über Dover-Ferries in Ostpreußen und nach Deutschland weitergeleitet werden.

Protest der Memelland-Protestanten.

Berlin, 18. Oktober. In hiesiger amtlicher Stelle ist eine Entschuldigende der Kreisräte der Diözese Gedelnburg eingetroffen, in der die Synode namens der in ihr vertretenen evangelischen Kirchengemeinden vor Gott und Menschen einstimmig gegen die im Berliner Friedensvertrag vorzunehmende Abtrennung alten preussischen Landes nördlich der Memel von Preußen und Reich protestiert. Die Synode erhebt im Interesse der Erhaltung ihres evangelischen Glaubens innerhalb der von ihr vertretenen Gemeinden erneut die Forderung, daß die beliehende amtliche Verwaltung mit der preussischen evangelischen Volkssynode und ihren Oberbehörden nach wie vor belienlich bleibt. Ferner, daß das Memelland nach wie vor beim deutschen Volk bleibt.

Amerikanische Soldaten für Oberschlesien unterwegs.

Paris, 17. Oktober. Die „Chicago Tribune“ meldet, daß General „Pratt“ mit 6000 Mann amerikanischer Soldaten an Bord, die für die Besetzung Oberschlesiens bestimmt seien, Nord-Hort verließen.

Französische Offiziere wegen Schmutzverhaftet.

St. Petersburg, 18. Oktober. Nach einer Mitteilung aus Paris wurden in Mainz 7 französische Offiziere unter der Beschuldigung des Schmutzhandels mit Deutschland verhaftet, desgleichen 10 französische und deutsche Kaufleute.

Jar Ferdinand soll vor einen Staatsgerichtshof.

Wien, 18. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung der „Mittagpost“ aus Sofia hat die bulgarische Vaterlandspartei beschlossen, dem Sobranje vorzuschlagen, den ehemaligen Jarren Ferdinand und die ehemaligen Ministerpräsidenten Radulow und Malinow vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Die bulgarische Regierung soll Deutschland um die Auslieferung des ehemaligen Jarren ersuchen. Weiter schlägt die Partei vor, die Güter des Jarren zu konfiszieren.

Spartalische Streitkräfte in Oberschlesien.

In ober-schlesischen Kohlenrevieren sind für kommenden Sonntag eine Anzahl Bergarbeiter zusammengekommen, um sich zu beraten, in denen über die Abgrenzung der Bergarbeiter gesprochen werden soll. Die neue Bewegung trägt starken parteilichen Einschlag.

Auf dem Wege zum Frieden.

Die Wiederaufrichtung der Interparlamentarischen Union.

Von Professor Richard Schickel.
Unter den Absperrungen, die sich in Jahrzehntelanger Arbeit bemüht haben, das Gefühl der Solidarität unter den Kulturpolitikern zu stärken und an die Stelle der Macht in den Beziehungen der Völker zu bringen das Recht zu legen, darf die Interparlamentarische Union, jene vor 50 Jahren in Paris unter der Führung von Frédéric Passy und William Malpas gegründete Vereinigung von Parlamentariern aller Länder, einen besonderen Rang beanspruchen. Denn wenn auch der juristische Krieg, wie so vieles andere, ihre gegenwärtige Kulturarbeit inspiriert hat, so kommt es doch keinem Zweifel unterliegen, daß sie, sobald nur der Weg zum Frieden gebahnt ist, ihre Arbeit wieder aufnehmen und auf der einst gelegten Grundlage fortsetzen werde, um das erstrebte Ziel unter weit günstigeren Umständen endlich zu erreichen, als sie für in der Zeit vor dem Kriege, in der Periode einseitigster Machtpolitik beschiedenen. Man darf sagen, daß dieser Versuch der Wiederaufrichtung der Interparlamentarischen Union, wie ihn die am 7. und 8. Oktober in Gené abgehaltene Sitzung des Interparlamentarischen Rates, des Hauptausganges der Union, darstellt, in vollem Maße geeignet ist.

Die Union zerfällt in nationale Gruppen, von denen neun in Gené durch 17 Delegierte vertreten waren, denn jede Gruppe hat das Recht, zwei Mitglieder in den Rat zu entsenden; Kanada aber war nur durch ein Mitglied vertreten. Von den Großmächten der Entente waren England und die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten, während Frankreich und Italien, wie es sich, aus innerpolitischen Gründen fehlten. Außerdem hatten die neutralen Staaten, mit Ausnahme von Spanien, sämtlich Delegierte entsandt; auch war Belgien zwar nicht durch seine Gruppe, wohl aber durch den Senator Bonjean de Veghale vertreten, der es sich trotz seiner 86 Jahre nicht hatte nehmen lassen, als Schatzmeister der Union, der Sitzung beizumohnen und zur Freude seiner alten Freunde mit jugendlicher Lebhaftigkeit den Verhandlungen folgte, die Lord Wealdale, der Präsident des Rates, leitete. Das auch die deutsche Gruppe durch zwei Mitglieder des Rates, Professor Walter Schücking und den Schreiber dieser Zeilen, in Gené vertreten war, ist von der Presse schon gemeldet worden, und wir haben dies wahrlich nicht zu bereuen gehabt. Es mag dabei hervorzuheben werden, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Herrmann Müller, in richtiger Erkenntnis der politischen Bedeutung der Genéer Tagung der deutschen Gruppe zu erkennen gegeben hatte, für wie wertvoll er die Beteiligung deutscher Parlamentarier an ihr halte, wobei er sich in erfreulicher Übereinstimmung mit dem Vorstände der deutschen Gruppe befand.

Es war nur zu natürlich, daß sich der interparlamentarische Rat, der seit dem Frühjahr 1914 nicht mehr getagt hatte, zunächst mit den internen Angelegenheiten der Union beschäftigte, deren von ihrem Generalsekretär, dem Norweger Dr. Chr. L. Raagen, vorzüglich geleiteten Bureau während des Krieges von Brüssel nach Kristiania hatte verlegt werden müssen. Aber der wichtigste Punkt der Tagesordnung war doch der zweite: „L'Union interparlementaire et Société des Nations.“ So sehr man den Gedanken des Völkerbundes begrüßt, so herrsche doch seinerlei Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Völkerbund nur dann Dauer verpriehe und seinen Namen wirklich verdiene, wenn alle Staaten ausnahmslos als Mitglieder zulassen würden und dem Bunde zugleich jene demokratische Grundlage gegeben würde, die ihn erst zu einem Bunde der Völker macht. Heute ist der Völkerbund nur ein Bund der Regierungen und zwar im wesentlichen imperialistischer Regierungen, und er bedarf dringend der Ergänzung durch ein Weltparlament, wie es die Interparlamentarische Union auf ihren Konferenzen seit Jahren erstrebt hat und wie sie selber es, in seinen Anfängen, jetzt schon darstellt.

Diesen Gedanken wird die Union weiter verfolgen und zu seiner Verwirklichung alles tun, was in ihrer Kräfte steht. Der Interparlamentarische Rat wird durch sein Bureau die erforderlichen Anstalten treffen, um dieser Frage, deren Bedeutung nicht leicht überschätzt werden kann, der 19. Interparlamentarischen

Konferenz, die im Sommer in Braşov im Zusammenhange wird, zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

Das sind die wichtigsten Beschlüsse, die der Interparlamentarische Rat in Wien gefaßt hat, und es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß sie gerade den deutschen Interessen und Wünschen entsprechen. Denn wie es ein Mitglied ist und geradezu großartig wirkt, daß dem Völkerverbunde zwar Aleria, nicht aber das Deutsche Reich als Mitglied angehört und darum alle Nationen in den Bund aufgenommen werden müssen, ebenso muß auch die demokratische Grundlage geschaffen werden, die dem Bunde heute noch fehlt. Nur dann, wenn es gelingt, diese beiden Forderungen durchzuführen, wird man hoffen dürfen, daß die Welt in Zukunft vor einer Katastrophe bewahrt werden wird, wie wir sie — Jäger, Besiegte und Neutrale ohne Unterschied — schmerzhaft erlebt haben. Nur dann auch wird die Interparlamentarische Union nicht umsonst ins Leben gerufen und ihre Arbeit nicht vergeblich gewesen sein.

Das Tummelschadengesetz.

Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Tummelschadengesetzes.

Die volle Entschädigung abgelehnt.

Bei der fortgesetzten Beratung des Entwurfs sprechen der Paragraph 2 der Vertreter des Ministeriums des Innern und des Reichsfinanzministeriums gegen einen demokratischen Antrag, der den ersten Absatz gestricheln haben will, also die Entschädigungspflicht für alle Betriebsstellen verlangt. Dasselbe verlangen die Deutschnationalen und die Volkspartei.

Ein Sozialdemokrat erklärt, daß seine Partei nicht zustimmen könne, den vollen Ersatz zu leisten. Deshalb seien sie für die Regierungsvorlage.

Ein Volksparteier erklärt sich nicht unter allen Umständen für den vollen Ersatz. Deshalb habe er auch einen Antrag zum Paragraphen 2 gestellt, aber grundsätzlich zu sagen, daß nur der Entschädigung zu ergäben habe, dessen wirtschaftlichen Schaden geschädigt sei.

Ein Demokrat weist darauf hin, daß von grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, schon rein rechtliche Bedenken gegen die Fassung des Gesetzes sprechen. Beispielsweise hätten wir Fall eintragen, daß ein Kleinbändler bei 5000 Mark Verlust u. A. seine Entschädigung erhalte, weil seine wirtschaftliche Ertrags nicht geschädigt sei. Dagegen würde ein anderer reicher Mann, dessen wirtschaftliches Bestehen gefährdet ist, Millionen erhalten und daneben noch Millionen behalten.

Ein Zentrumredner hält den Grundgedanken des Paragraphen, einen Unterschied bei der Entschädigung zu machen, für durchaus richtig und deshalb trete er für die Vorlage ein. Ein Deutschnationaler schlägt einen Unterschied von 10 Prozent an. Eingegangen ist ein Antrag zu Paragraph 3 der Demokraten, der eine Entschädigung nicht zu leisten will, wenn die geschädigte oder zerstörte Sache dem Vergussbesitznis des Geschädigten diene.

Ein Sozialdemokrat wünscht den Begriff der Bedürftigkeit in der Absatz 1 hinzuzufügen. Ein anderer Zentrumredner stellt sich im Gegensatz zu dem ersten Zentrumredner. Im Interesse des Antirassistenzprinzips könne er nicht dem Absatz 1 zustimmen. Wenn sich in der Unterkommission eine Fassung finden lasse, wo den Finanzen, wie dem Reichsamtpräsidenten Rechnung getragen werde, so werde man eine Entzignung finden. Ein Volksparteier meint, geschädigte Entschädigungen würden nicht zu leisten sein, wenn sein Antrag in 2. Absatz „Bei Beweismittel des Unrechtes Mittel in Aussicht zu stellen.“ Es wird hierauf ein Unteransatz gebildet, der eine Entzignung möglich machen soll.

Am Donnerstag fand die Fortsetzung der Beratungen statt. Namens des Unterausschusses wurde berichtet, daß anstelle des 1. Absatzes im Paragraphen 2 folgende Fassung zu nehmen sei:

Der Anspruch auf Entschädigung ist nur gegeben, wenn und soweit ohne solche nach den Umständen eine wirtschaftliche Erwerbsverminderung des Betroffenen eintritt. Seine gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse sind dabei zu berücksichtigen.

Die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokraten erklären hierzu vornehmlich der ihrer zu erwartenden Zustimmung ihrer Fraktionen noch keine endgültige Stellung einzunehmen, der Weg erweise aber sehr fragwürdig. Der Vertreter der Demokraten erklärt, seine Freunde seien in dem Vorlage keine befriedigende Regelung und hielten an ihrem Vorlage fest, würden aber die Entschädigung ihrer Fraktion herbeiführen.

Ein Unabhängiger hält mit den Demokraten die volle Entschädigung für den Rechtshauptpunkt. Wollte ich empfehle sich allgemein die Entschädigung nur auf 75 Prozent festzusetzen. Die Aufbringung der Mittel sei nach seiner Meinung durch Zulage zur Einkommensteuer der Einkommen von 10 oder 12000 Mark möglich. Der Zentrumredner hält den Vortrag des Unabhängigen nicht für gangbar. Hier werde der Rechtsstandpunkt verlassen. Von dem demokratischen Seite wurde betont, daß die Schäden der Auslanddeutschen voll ersetzt werden sollen, daß das Kriegsentwässerungsgesetz ebenfalls vollen Schadenersatz vorsehe. Es sei doch ein Übel, wenn man die Schäden, die beispielsweise in Schrecken durch den Russeneinfall entstanden seien, voll erzeuge, dagegen den Schaden, der durch die eigenen Landeinfälle verursacht sei, nicht ersetzen wolle. Der Ausschussvorsitzende scheidet die Billir nicht aus.

Der Regierungsvertreter verteidigt die Haltung der Regierung und lehnt den Vortrag des Unabhängigen ab. Der Unabhängige kommt auf seinen Vortrag zurück. Die Selbstverpflichtung verläßt auch den Schutz der Gemeinden. Das Reich würde nach seinem Vortrag etwa 75 Prozent oder noch weniger zu tragen haben und die Kosten ließen sich leicht aufbringen. Der Beschluß des Unterausschusses gebe keine befriedigende Lösung.

Ein Volksparteier empfiehlt den Vortrag des Unterausschusses. Eine letzte Fassung sei nicht zu haben. Eine Debatte entbehrt darüber, über welchen Antrag zu beschließen sei. Die Demokraten hätten die Zustimmung über ihren Antrag — der der weitestgehende ist — zunächst für erforderlich. Mit 10 gegen 8 Stimmen wird das abgelehnt und bei der Abstimmung der Antrag des Unterausschusses mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen.

nommen. Dagegen stimmten die Demokraten, ein Deutschnationaler und ein Zentrumredner. Damit ist die Regierungsvorlage gestrichelt und gleichzeitig der demokratische Antrag auf volle Entschädigung abgelehnt.

Um das Betriebsrätegesetz.

In der Freitagssitzung des 7. Ausschusses der Nationalversammlung wurde die Beratung des Betriebsrätegesetzes wesentlich gefördert und bis zum 8. 21 zum Abschluß gebracht. In § 15 und 16 wurde ein Antrag der drei Regierungsparteien angenommen, der die Wahl der Arbeitnehmer des Betriebsrats und ihrer Stellvertreter regelt. § 17 betrifft diejenigen Betriebe, in denen aus der Natur des Betriebes heraus, die Bestimmung des Gesetzes schwer anwendbar sind. In diesem Fall soll durch Tarifverträge eine andere Bestimmung, als das Gesetz festsetzt, geschaffen werden können, und diese soll dann die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte enthalten. Das betrifft ganz besonders das Baugewerbe und ähnliche Betriebe. Der Regierungsentwurf sieht vor, daß die unmittelbare Bestimmung der Tarifverträge gegeben kann, die durch den Reichsarbeitsminister für allgemein verbindlich erklärt werden. Dem Abg. Erlesen sowie auch von Vertretern der Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, daß die Festsetzung der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages in der Regel lange Monate in Anspruch nimmt. Deshalb wurde dem § 17 ein Zusatz angefügt, wonach der Arbeitsminister, wenn ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages eingeht, verfügen kann, daß bis zur Erledigung des Verfahrens die Wahlen zu den Vertretungen ausgesetzt sind. Von konsequenter Seite wurde beantragt, von den Bestimmungen des Gesetzes, die die Erwerbslosen abdecken, dann auszunehmen, wenn sie keine Erwerbslosen betreffen. Der Antrag wurde bis zur zweiten Lesung zurückgestellt. Eine eingehende Ausprache entwickelte sich über § 21, der festsetzt, in welcher Weise der Betriebsrat zusammenzutreten soll. Von einer Seite wurde beantragt, in den Fällen, in denen der Betriebsrat auf Verlangen des Unternehmers zusammentritt, dem Unternehmer den Vorsitz zuzugewinnen. Ein demokratischer Antrag will, daß in der Regel bei allen Sitzungen des Betriebsrats ein Vertreter der saumännlichen und ein Vertreter der teilweislichen Betriebsleistung anwesend ist, daß ferner der Betriebsrat mit dem Unternehmer vereinbaren kann, daß Vertreter der Betriebsleistung in der Regel zu allen Sitzungen zuzugelassen sind. Von Zentrumsseite lag ein Antrag vor, die Rechte des Betriebsrats außerhalb der Arbeitszeit festzulegen zu lassen. Über alle diese Fragen entwickelte sich eine umfangreiche Ausprache, deren Weiterführung auf Dienstag verlag wurde.

Die Deutschnationalen und der Antisemitismus.

In einer Sitzung des Hauptvorstandes der Deutschnationalen Volkspartei hat der Vorsitzende Abg. Hergt am 12. Oktober nach der „Kreuzzeitung“ erklärt, daß alle Stellen der Partei einmütig ablehnen von einem gewissen Rabauer Pogrom-Antisemitismus, der glaubt, die wüßige Frage mit beweislosen Mitteln der persönlichen Hege oder der Gewalttätigkeit zu lösen zu wollen.

Was das glaubt, sagt ein Taler! Diese Verhöhnung des Abg. Hergt ist nur wieder recht bezeichnend für die Scham der Deutschnationalen, sich öffentlich klar im Arm mit den Rabauer-Antisemiten zu zeigen. Das war schon zu Altharths Zeiten so. Aber das Äußerste der Willkür, der Unwissenheit, der Grotz und wie deren Bestimmungen genossen alle siegen, haben sich die Konfessionellen jederzeit gern gefallen lassen, wenn sie sich auch mit ihnen nicht gern unter den Linden blamieren lassen wollten.

Wie damals bei den Konventionen, ist es heute bei den Deutschnationalen. Der Führer der Deutschnationalen Abg. Hergt rief ab „von einem gewissen Rabauer- oder Pogrom-Antisemitismus.“ Auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen ersten Parteitag des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei hat aber, wie in der Korrespondenz des Vereins zur Förderung des Antisemitismus hervorgehoben wird, der Vorsitzende des bürgerlichen Deutschen Volksbundes, Mitstreiter von Mannin, das Hauptreferat über die Judenfrage gehalten. Nach Erklärungen des früheren Geschäftsführers dieses Deutschen Volksbundes, des Eisenbahnbauers J. Krauer, haben einige Mitglieder dieses Volksbundes aufgefordert, daß unbedingt ein Bündnis unter den Juden angestrebt werden müsse. Die beiden zuerst vom Deutschen Volksbund herausgegebenen Flugblätter: „Ende des Antisemitismus — Anfang der Judenberufung“ und „Die Juden Deutschlands „Bambur““ forderten direkt zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden auf. Krauer hat auch der Hebräisierung Ausdruck gegeben, daß „tatsächlich durch diese Flugblätter die Pogromorgane“ für die Juden herausgeschworen war.

Wie verhält sich diese Feststellung mit dem schamhaften Versuch des Abg. Hergt, vom Rabauer-Antisemitismus abzurufen?

Günstiger Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die deutsch-polnischen Verhandlungen nehmen, wie verlautet, einen günstigen Verlauf. Es sieht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit wichtige Abmachungen wirtschaftlicher und finanzieller Art getroffen werden. Es besteht die Aussicht, daß es der deutschen Mission gelingen wird, Polen zu einer weitgehenden Regelung zum Schutze der deutschen Minoritäten in Polen zu veranlassen. Ebenso hofft man, daß Polen auf die Konstitution des deutschen Eigentums verzichtet wird.

Die Ausgaben für die Entente.

Berlin, 17. Oktober. Dem Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde heute eine Aufstellung über die voraussichtlichen Kosten der Befestigung des rheinischen Gebietes vorgelegt. Danach erfordern die Inhabhaltung der Gebäude, Wiederherstellungen, Neubauten und kleinere Neubauten sowie Grundbesitzerwerbungen im Jahre 20 Millionen Mark; die Befestigung und Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände 4 Millionen Mark; die Feuerung, Beleuchtung, Reinigung und wirtschaftlichen Bedürfnisse 15 892 000 Mark.

Die Ausgaben für den „Hafen ausfluß“ zu Marneville, die Unterhaltung der afflierten und afflozierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden 1080 Millionen Mark; Grundbesitzerwerbungen, Neubauten und größere Umbauten anlässlich der Unterbringung der Besatzungstruppen 80 Millionen Mark; Außerhalb des Etats des Reichsfinanzministeriums entstehen durch die Befestigung noch Ausgaben in Höhe einer Milliarde Mark. Insgesamt betragen die jährlichen Befestigungskosten 2 210 392 000 Mark. Dazu kommen später für Bauunterhaltung (Ausführung des Friedensvertrages) jährlich 40 Mill. Mark. Die gesamten jährlichen Kosten betragen also 2 250 392 000 Mark. Dazu treten noch einmalige Ausgaben für Offiziersfamilienwohnungen usw. bis zu 400 Mill. Mark, zusammen also 2 650 392 000 Mark.

Kartoffeln aus Polen und Dänemark.

Da die deutsche Kartoffelernte hinter den Erwartungen sehr zurückgeblieben ist, hat sich die Kartoffelzufuhr vom Ausland notwendig gemacht. Der Reichsarbeitsstelle ist es gelungen, Lieferungsverträge mit Polen und Dänemark abzuschließen. Auf den Eingang dieser Kartoffellieferungen ist demnach zu rechnen. Es wird sich wahrlich wegen des höheren Preises nicht machen, daß das Reich einen Zuschuß zu diesen Kartoffellieferungen gibt.

Generalarrest im Gebiet der belgischen Besatzungstruppen?

Ueber die Streikbewegung auf dem linken Rheinufer erklärt die „Rhein-Zeitung“ am unterrichteten Seite folgendes: Die Belgische der Besatzungstruppen, die „Neuwisen“ und „Rheinpreußen“ sind seit Donnerstagabend 10 Uhr im Streik. Die Kruppischen Werke in Rheinhafen schlossen sich am Freitagmorgen dem Streik an. Am Freitagabend wurden in Mönchengladbach Befestigungsanlagen zwischen den Führern sämtlicher Gewerkschaften geschlossen, die die Proklamations des Generalarrests im ganzen belgischen Besatzungsgebiet zum Ziel haben. Die Postbeamten und Straßenbahner wollen sich ebenfalls dem Streik anschließen, die Eisenbahner nur die Lebensmittellieferung fahren lassen. Die Gründe des Streiks sind politischer und wirtschaftlicher Natur. Die Streikenden protestieren vor allem gegen die ungläubigen Uebergriffe der belgischen Besatzungstruppen. Sie verlangen Pressefreiheit, Freiheit im Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland, bessere Lebensmittellieferung und energische Bekämpfung des Schieberwesens.

Neue Forderungen der Angestellten der Mannheimer Metallindustrie.

Mannheim, 17. Okt. Wegen der Ablehnung ihrer neuen Gehaltsforderungen, verließen am Donnerstag mittags vier Arbeitsschichten sämtliche Angestellte der Mannheimer Metallindustrie die Betriebe und zogen nach dem „Hofengarten“, um eine Versammlung abzuhalten, an der rund 5000 Personen teilnahmen. Es wurde beschlossen, an die Forderungen festzuhalten und alle Folgen auf sich zu nehmen. Die Forderungen hängen mit dem Ablauf des gegenwärtig noch geltenden Tarifvertrages zusammen und bestehen im folgenden: Gewährung einer Wirtschaftsprüfung von 1000 bis 1500 Mark, außerdem eine Erhöhung der für alle Angestellten zu zahlenden Gehälter um 10 Prozent, um 150 Mark monatlich, falls die Gewährung der Wirtschaftsprüfung abgelehnt würde, eine Erhöhung der seitlichen Zuschläge um 40 Prozent. Der Verband der Metallindustriellen hat die Forderungen abgelehnt.

Der Streik der Berliner Magistrats-Hilfskräfte gescheitert.

Berlin, 17. Oktober. Der Streik der Magistrats-Hilfskräfte dauert außerlich unverändert fort; die Streikenden haben sich zu neuen Verhandlungen bereit erklärt; Bestehende des Magistrats liegen nicht vor. Der Betrieb der Magistratsbüros ist mit Hilfe der Arbeitswilligen, die sich dauernd in großer Zahl melden, spätestens morgen in vollem Umfang aufgenommen worden, so daß der Streik der Hilfskräfte als gescheitert betrachtet werden kann.

Beilegung des Frankfurter Eisenbahnerstreiks.

Frankfurt a. M., 17. Oktober. Unter dem Vorsitz des Unterausschusses Graef als Bevollmächtigter der Reichs- und Landesregierung fand am Donnerstag im Eisenbahndirektionsgebäude eine Konferenz statt, an der Vertreter der Eisenbahndirektion, des Volkspräsidiums, des Verkehrsministeriums und der Bezirksräte teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich mit der jüngsten Eisenbahnerdemonstration. Unterausschreiber Graef erklärte, daß die Staatsregierung die Forderung der Verkehrsminister zu den Präsidialleistungen in den einzelnen Direktionen anzunehmen beabsichtigt habe. In der Konferenz waren sich die Redner darüber einig, daß in demselben die Forderung nach Eintritt des Eisenbahner-Vorstandes in die Regierungsgemeinschaft der Eisenbahndirektionen einmütig angenommen sei. Da die Regierung Flug tat, in dieser Form den Frankfurter Streit beizulegen, wird die Zukunft lehren. (Die Red.)

Gegen den Terror der Frankfurter Eisenbahner.

Berlin, 17. Okt. Der bei der Frankfurter Eisenbahndirektion gebildete Verkehrsminister hat am 14. Okt. in öffentlicher Versammlung die Ablehnung des Präsidiums und seiner Vertreter verkündet und gleichzeitig die Mitglieder des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zum Austritt aus dieser Gewerkschaft zu veranlassen versucht unter der Androhung, sie sonst aus ihrer Mitgliedschaft zu verdrängen. Dieser gleichzeitige Eingriff in die Regierungsgemeinschaft und der unerbitterte Terrorismus gegen die Kooperationsfreiheit der Arbeitsschichten hat die Regierung veranlaßt, eine scharfe Stellungnahme zu den dem Präsidium gegenüber erhobenen Forderungen solange abzuwarten, bis gleichfalls in öffentlicher Versammlung die Bestätigung der Ab-